

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 04/52. Jahrgang

April 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

Es braucht Druck von unten! Abrüsten statt Aufrüsten

Die Corona-Pandemie wirkt als Brandbeschleuniger in Konflikten und gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen. Das Gespenst des Nationalismus zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die multilateralen internationalen Bündnisse: „Ich zuerst!“ statt „Wir gemeinsam!“ Dazu kommt ein menschenverachtender Umgang mit Flüchtenden.

Weltweit steigen die Rüstungsausgaben, statt in Gesundheit, Bildung und sozial-ökologischen Umbau zu investieren. Auf die Tagesordnung gehört eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung in Europa und weltweit. Unbedingt muss der vor geraumer Zeit eingestellte Dialog mit Russland wieder aufgenommen werden, gerade angesichts des anstehenden 80sten Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion.

Die Einsicht wächst, dass sich



ohne Druck auf die Regierenden nichts bewegt. Wir wollen beim Ostermarsch mit allen demokratischen, sozial-ökologischen und antirassistischen Bewegungen gemeinsam demonstrieren. Unsere Forderungen sind:

- **Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr**
- **Verzicht auf nukleare Teilhabe;** stattdessen Unterzeichnung des

völkerrechtlich verbindlichen UN-Atomwaffenverbotsvertrages

- **Stopp der Rüstungsexporte,** insbesondere an die Türkei und Saudi-Arabien
- **Stopp aller Aufrüstungsprogramme** wie z. B. Kampfdrohnen und Kampfbomber, keine Subventionierung der Rüstungsindustrie
- **gesellschaftliche und internationale Solidarität** statt rechter Demagogie, rassistischer Ausgrenzung und Wirtschaftssanktionen
- **internationale Zusammenarbeit** zur globalen Bewältigung der Corona-Pandemie und Kampf gegen Umwelt- und Klimakatastrophen.

Kommt zu den Ostermärschen am 03. und 05.04. - Infos S. 8

Giessener-Friedensnetzwerk@web.de

Auch nach der Kommunalwahl 2021 gemeinsam kämpfen

Am 14.3. gingen 48% der Wahlberechtigten wählen - 3,7% mehr als 2016. Eine Rolle spielte dabei sicher die vermehrte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an diversen Protesten, wie bspw.: Gewerbegebiet Lützellinden, Bürgerantrag zur Verkehrswende, Proteste zur Straßenbeitragssatzung. In Hessen stehen CDU und SPD vor den Grünen, die in Gießen mit sieben

weiteren Sitzen den größten Zuwachs erzielten. Möglicherweise spielten dabei Bürgerbewegungen, aus denen diese Partei mal entstand, eine Rolle. Den Generationenwechsel haben sie im Vergleich zu fast allen anderen mit vielen jungen Stadtverordneten vollzogen. Aber hat man bei der Wahl vergessen, dass die hessischen Grünen für das

Fortsetzung Seite 3

Inhalt

UKGM Tarifverhandlungen /	
Streik in Mittelhessen	S. 2
Frauenkampftag	S. 3
Leiharbeit / Pandemie	S. 4
Radverkehr und Verkehrswende	S. 5
Stadtkasse / Rentner / Mietkampf	S. 6
Gießen 2035 / Hochzeitsbrückchen	S. 7
Matratze des Monats / Termine / 50 Jahre GE	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!



Uniklinikum: Tarifverhandlungen abgeschlossen

Die Gewerkschaft ver.di konnte die Tarifverhandlungen am Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) mit einem kleinen Erfolg abschließen. Die Tarifentgelte steigen um 2,2%. Alle Beschäftigten erhalten eine, wenn auch kleine, Corona-Prämie, es gibt Verbesserungen bei der Eingruppierung, vor allem bei Physiotherapeuten und Medizinisch-Technischen Assistenten und für einige mehr Urlaub. Der Abschluss kam wohl zustande, weil die Geschäftsführung erneute Warnstreiks in der gegenwärtigen Situation vermeiden wollte. Offen bleiben Verbesserungen bei der Eingruppierung weiterer Beschäftigungsgruppen, diese Verträge bleiben gekündigt und werden

weiter verhandelt.

Das Grundproblem des Klinikums besteht fort: die Profitorientierung des Betreibers Asklepios. Erst Anfang März wurde dem Wissenschaftsministerium in Wiesbaden ein von 3.000 Beschäftigten unterschriebener offener Brief übergeben. In diesem wurde darauf hingewiesen, dass sich allein in Marburg 170.000 Überstunden angesammelt haben. Das entspricht 100 Vollzeitstellen.

Ministerin Angela Dorn (Grüne) wurde aufgefordert, der Verantwortung des Landes für die Gesundheitsversorgung und die Arbeitsbedingungen gerecht zu werden und mehr Einfluss auf das Geschäftsgeschehen von Asklepios zu nehmen.

Das Land steht in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung, die mehr Geld für Investitionen und auch für die Bereitstellung von Personal und Räumen für Forschung und Lehre verlangt. Mit dem Brief wird gefordert, dass das Land sicherstellt, dass von diesem Geld nicht die Aktionäre, sondern Personal, Patienten und Studierende profitieren.

Es bleibt dabei: Die vom ehemaligen Ministerpräsidenten Roland Koch vorangetriebene **Privatisierung war falsch und muss rückgängig gemacht werden.** Gernot Linhart

Streiken nicht vergessen! Der Klassenkampf tobt auch in Mittelhessen!

Es wird ernst in der Metall- und Elektroindustrie. Die Kapitalverbände wollen an das Geld unserer ca. vier Mio. Kolleg:innen. „In der Branche ist die Nullrunde 2021 ohne Alternative“, antwortete Oliver Barta als Verhandlungsführer des Kapitalverbands HESSMETALL am 03.03. in einem Interview der Fuldaer Zeitung. Am gleichen Tag rief die IG Metall alle Schichten bei BOSCH in Lollar zum Warnstreik auf, deren Personalchef Oliver Barta ist. Ein weiterer Warnstreik folgte am 25.03.

„Finger weg von unserem Weihnachtsgeld!“ stand dabei auf den Flyern der IG Metall. Denn die Kapitalisten fordern einen sogenannten „Automatischen Differenzierungsmechanismus“. Das heißt, sie wollen an Schichtzuschläge, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld, wenn die Profite nicht so hoch ausfallen, wie sie sich das vorstellen. Und das am besten ohne Mitbestimmung der Gewerkschaften oder der Betriebsräte.

Diese Dreistigkeit macht wütend. Die Großunternehmen haben allein im „Krisenjahr“ 2020 rund

zwölf Mrd. Euro Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet und auch die BOSCH Gruppe konnte knapp zwei Mrd. Euro Gewinn einfahren. Deswegen folgten dem Streikaufruf trotz Corona überraschend viele Kolleg:innen. Deutschlandweit haben sich seit dem 02.03. bereits 700.000 Arbeiter:innen an den Streiks beteiligt. Die IG Metall diskutiert aktuell, ob im nächsten Schritt auf 24h-Streiks oder direkt auf unbefristete Streikaktionen gesetzt werden sollte.

Eins sollten wir jedoch nie vergessen: Solange die Betriebe einigen wenigen gehören, über die Art und Weise der Produktion nicht demokratisch entschieden wird, und somit die Profite von wenigen und nicht die Bedürfnisse von vielen im Zentrum unserer Wirtschaftsweise stehen, werden wir uns in einem ständigen Kampf um die Krümel des gesamtgesellschaftlichen Kuchens befinden. Wollen wir diesen Kampf beenden, müssen wir mit der kapitalistischen Produktionsweise brechen.

Tobias Salin



„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ (Karl Marx in Lohn, Preis und Profit)

Fortsetzung von Seite 1

Abholzen des Dannenröder Forstes und den Ausbau des Frankfurter Flughafens stimmten?

Die AfD dagegen verlor mehr als die Hälfte ihrer Sitze und ist mit lediglich drei Sitzen im Haus.

Insgesamt sind diesmal sieben Parteien und drei Wählergruppen angetreten, was die Wahl sicher

nicht erleichterte.

Dennoch konnten die Gießener Linken ihr altes Wahlergebnis mit einem kleinen Verlust von 0,6% fast halten und sind wieder mit fünf Sitzen im Parlament vertreten. Martina Lennartz (DKP) kumulierte auf Platz 4. Die DKP wird in dem Bündnis versuchen, die Bürgerinnen und Bürger in ihren

außerparlamentarischen Bewegungen zu unterstützen, und ihre Anliegen aktiv auf die Straße zu bringen. Sie wird das Parlament in Zusammenarbeit mit der SDAJ auch für junge Menschen nutzen, um gemeinsam für unsere Rechte zu kämpfen.

Martina Lennartz

Weltfrauentag oder Frauentag Blumen oder Megafon?

Im Nachgang des diesjährigen 8. März ist uns aufgefallen, dass Verwirrung über die historische Tradition des Frauentages und dessen Bezug zur sozialistischen Arbeiter:innen-Bewegung besteht. Daher wollen wir darauf hinweisen, dass die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Europa,



auf Initiative der deutschen Sozialistin Clara Zetkin, am 27. August 1910 in Kopenhagen die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages beschloss. Erstmals durchgeführt am 19. März 1911 mit mehr als einer Million Frauen, die auf die Straße gingen, eine bis dahin beispiellose Massenbewegung. Kern der politischen Forderung war

damals das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Die Kritik des Frauentages richtete sich immer gegen die doppelte Unterdrückung der Frau, also gegen Kapitalismus und Patriarchat. Frauen waren und sind sexistischen Rollenbildern und der Fremdbestimmung über ihren eigenen Körper ausgesetzt. Noch immer leisten Frauen den Hauptteil gesellschaftlicher Arbeit, noch immer erhalten Frauen im Durchschnitt 20% weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen. Der Kapitalismus als Wirtschaftssystem basiert wesentlich auf der Ausbeutung unbezahlter oder schlecht bezahlter Sorgearbeit, daher trägt Armut ein weibliches Geschlecht.

Jedoch ist besonders seit den 2000er-Jahren die Tendenz zu beobachten, dass der Internationale Frauentag kapitalistisch entpolitisiert und kommerzialisiert wird. Geschäfte nutzen den Tag, um Frauen mit Rabatt-Aktionen und „Ladys-Night-Angeboten“ als Konsumentinnen anzusprechen. Der einstige Kampftag wird im-



mer mehr zu einem Kauf-Tag. Die bürgerliche Benennung des 8. März als „Weltfrauentag“ ist Ausdruck des Kampfes um die Deutungshoheit dieses Tages. „Welttage“ gibt es zuhauf, den Welt-Spartag oder den Welt-Partytag!

„Wir müssen Sorge tragen, daß der Frauentag nicht nur eine glänzende Demonstration für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern darüber hinaus der Ausdruck einer Rebellion gegen den Kapitalismus, eine leidenschaftliche Kampfansage all den reaktionären Maßnahmen der Besitzenden und ihrer willfähigen Dienerschaft, der Regierung, ist.“ Clara Zetkin

Laura und Jonas von der SDAJ



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal



Frauentag in Gießen

1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten die Demo zum Internationalen Frauentag am 8. März. Sie war kämpferisch, laut, bunt, antikapitalistisch, solidarisch, international - großartig! Es wurde aufgerufen, den Frauentag als Auftakt für einen Frauenkampf an 365 Tagen im Jahr zu nutzen. Motto: „Basta! Befreiung erkämpfen!“ Frauenrechte wurden stets erkämpft, niemals geschenkt.

Martina Lennartz

Corona und Leiharbeit

Leiharbeit wird nicht nur schlechter bezahlt als reguläre Beschäftigung, sondern macht auch häufiger krank. Leiharbeiter haben u. a. ein deutlich höheres Risiko an Corona zu erkranken und erleiden dann öfter einen schweren Verlauf. Dies geht aus einer Analyse auf Basis von Daten der Barmer Krankenkasse für alle erwerbstätigen Stammversicherten hervor. Leiharbeiter müssen bei einer Infektion dreimal so häufig wie der Durchschnitt aller Beschäftigten im Krankenhaus behandelt werden. Das höchste Infektionsrisiko wurde hier im industriellen Bereich sowie in der Post- und Logistikbranche beobachtet.

Die hohen Infektionsraten bei Leiharbeitern erklären sich aus

den meist schlechten Arbeitsbedingungen und dem oft mangelnden Arbeitsschutz in diesen Bereichen. Leiharbeiter müssen häufiger als andere Beschäftigte unter extremen Bedingungen wie Kälte, Hitze, Nässe oder Feuchtigkeit arbeiten, was ohne geeignete Schutzmaßnahmen eine stärkere Verbreitung des Virus begünstigt.

Die Unterbringung in beengten Wohnheimen oder Gemeinschaftsunterkünften mit oftmals mangelnden Hygienestandards, wie es bspw. in der Fleischindustrie häufig der Fall ist, trägt zusätzlich zu einem höheren Infektionsrisiko bei.

In der aktuellen SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel werden Unternehmen zwar zur Verringerung wechselnder innerbetrieblicher

Kontakte angehalten, aber die für die Leiharbeit typische hohe Fluktuation steht dem entgegen.

Kontrollen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zur Sicherstellung von Mindeststandards sind sowohl bei den Verleihfirmen als auch bei den Entleihern eher die Ausnahme. Bundesweit muss ein Betrieb lediglich alle 22,5 Jahre mit einer Betriebskontrolle rechnen. Es gibt Bundesländer, in denen ein Betrieb statistisch gesehen nur alle 47 Jahre kontrolliert wird.

Vor diesem Hintergrund wären regelmäßige Kontrollen sinnvoll und überfällig. Noch besser wäre es, diesen modernen Sklavenmarkt zu schließen und Leiharbeit zu verbieten.

Ulf Immelt

Gedanken zur Pandemie

Einige fordern „Zero Covid“, auch in dieser Zeitung. Gemeint ist ein sehr strenger, aber hoffentlich kurzer *Lockdown* unter Einbeziehung der Industrie und des damit verbundenen Berufsverkehrs. Der *Lockdown* soll solidarisch sein, niemand soll allein gelassen werden oder in materielle Not geraten. So etwas ist in dieser kapitalistischen Gesellschaft kaum durchsetzbar, weswegen viele auch gegen diese Strategie sind.

Bisher existieren zu wenige Erkenntnisse, welche der vielen Verbote wirksam sind. Während es in unterschiedlichen Ländern verschieden strenge Verbote für die Freizeit gibt, läuft die Industrie in allen kapitalistischen Staaten weiter. Zwischen dem Ausmaß der Verbote und der Zahl der Infektionen gibt es wenig erkennbare Zusammenhänge – was darauf hinweist, dass auf die Freizeit reduzierte Einschränkungen wenig Wirkung entfalten.

Nach einem Jahr Pandemie weiß immer noch niemand, wo die meisten Infektionen stattfinden. Die Kontaktverfolgung durch die

Gesundheitsämter zeigt in weniger als 25% der Fälle Erfolg. Statistische und gesellschaftswissenschaftliche Verfahren, die geeignet wären, so etwas herauszufinden, werden nicht ausgeschöpft. Schon im 19. Jh. wurden mit einfachen Stecknadeln

Die jetzt zur Verfügung stehenden Schnelltests werden nicht systematisch genutzt, sondern nach Zufall, Lust und Laune vergeben. Spahn und Scheuer bilden eine „Test-Taskforce“. Da hätten sie auch gleich den Mehdorn beauftragen können! Beim Impfen gehört Deutschland zu den Schlusslichtern – man gewinnt fast den Eindruck, die Regierung hätte ein Interesse daran, die Menschen in Angst und Unsicherheit zu halten – um vielleicht kurz vor der Wahl die Erlösung vom Übel zu verkünden.

Für manche ist die Pandemie ein gutes Geschäft. Milliardäre werden immer reicher und Politiker, die am Masken- und Schutzmittelhandel verdient haben, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Sie bekommen ja nur einen kleinen Teil von dem, was andere abgesehen haben.

Weltweit haben die wenigen nicht-kapitalistischen Länder das Virus am erfolgreichsten bekämpft – ein Grund mehr, das bei uns herrschende System grundlegend zu ändern.

Gernot Linhart



in Stadtplänen Infektionsherde entdeckt. Sozialwissenschaftler schlugen der Regierung mehrfach Projekte vor, doch sie erhielten nicht mal eine Antwort. Viele Infizierte wissen, wo sie zum möglichen Zeitpunkt der Ansteckung waren und was sie gemacht haben, werden dazu aber nicht befragt.

Ziel: eine besucherfreundliche klimaneutrale Stadt

Entgegen der Empörung von CDU, FDP, FWG und der organisierten Einzelhändler entschied sich im Stadtparlament eine knappe Mehrheit von „Gießener Linke“, SPD, Grünen und Piraten / Bürgerliste für einen einjährigen fahrradfreundlichen Verkehrsversuch. Dafür sollen durch und um Gießen herum Fahrradstraßen angelegt werden, um den hiesigen Radlern größere Sicherheit zu gewährleisten. Um sinnvolle Schlussfolgerungen aus diesem Versuch ziehen zu können, soll er wissenschaftlich fundiert begleitet und ausgewertet werden.

Dass diese Maßnahme nicht ausreicht, um die Mobilität aus-

zubauen, ist allen Beteiligten klar. Egal, ob auf dem Weg zur Arbeit, zum Einkauf oder in der Freizeit – Bewegungsmöglichkeiten prägen den Alltag.

Um langfristige etwas zu ändern, muss der öffentliche Nahverkehr kostenlos gemacht, mehr Personal eingestellt werden und müssen die Taktzeiten, besonders in den Abendstunden, verkürzt werden. Außerdem müssen die umliegenden Gemeinden besser angebunden und ein „Park-and-Ride“-System mit kostenlosem Busverkehr eingeführt werden. Ziel ist eine Reduktion von gesundheits- und klimaschädlichem Feinstaub, CO₂ und Lärmbelastung.

Die Bürgeranträge „Gießen 2035 klimaneutral“ und „Fahrradstraßen“ haben Schwung in die verkrusteten bürgerlich-konservativ Strukturen gebracht. Jetzt muss es gemeinsam gelingen, den begonnenen Weg gegen den Widerstand von Autolobby und Einzelhändler-Funktionären weiter zu führen.

Die Mitglieder der DKP stehen mit ihrer Stadtverordneten Martina Lennartz hinter den Forderungen und Absichten des Bürgerbegehrens.

Das Geld muss für den kostenlosen Nahverkehr aus anderen Töpfen umgeschichtet werden. Weg von den Kanonen – rein in die Kommunen!
M. Berger

„Fahn, fahn, fahn – auf der Autobahn“ – das nahmen am 19. März mehr als 1.000 Radler aus Mittelhessen für sich in Anspruch. Sie demonstrierten am Gießener Ring. Ihre Forderungen: mehr Raum für den Radverkehr und eine Verkehrswende! Solange sich die Politiker nicht stärker bewegen, wird weiter öffentlich protestiert.



CDU-Bürgermeister versucht einzuschüchtern

In der letzten Ausgabe schrieben wir, dass „die Fahrradstraßen mit Hindernissen und Schlaglöchern“ gepflastert werden. Prompt hat Bürgermeister und Ordnungsamtschef Neidel (CDU) zum ersten Mal zuschlagen lassen. Einen Organisator der Fridays-For-Future-Bewegung in Gießen, Anmelder einer Fahrraddemo für die Verkehrswende, versuchte das Ordnungsamt mit dem Vorwurf, plakatiert zu haben, einzuschüchtern. Er soll eine „hohe Strafe“ für etwas bezahlen, was er nachweislich nicht getan hat.

Der „rote Großvater“ könnte jetzt erzählen, wie in den 80er Jahren ein

Organisator des „Komitee gegen Berufsverbote“ vor einem Konzert mit Hannes Wader in Gießen gerichtlich belangt werden sollte – wegen „wildes Plakatieren“. Solche politischen Verfahren gegen Demokraten haben in Gießen also bereits Tradition. Dagegen hilft: Öffentlichkeit herstellen und Solidarität üben!

Doch auch die Blindwütigkeit des Bürgermeisters hat dazu geführt, dass die Öffentlichkeit aufmerksam wurde. Fast 1.500 Teilnehmer zählte der „zentrale Klimastreik“ mit einer Fahrraddemonstration am 19. März. Herzlichen Dank!

M. B.

2016 bis heute: Keine Verbesserung! Da dreht man am Rad

Alle zwei Jahre untersucht der ADFC in einer bundesweiten Umfrage das #Radklima im Land. Der Fahrradclub legt den freiwilligen Teilnehmern einen umfangreichen Fragenkatalog mit 32 Kategorien vor. 609 Antworten aus Gießen bestätigten, dass sich die politischen Verantwortlichen in der Stadtregierung (Grüne/SPD/CDU) in der letzten Wahlperiode um keinerlei wesentliche Verbesserung gekümmert haben. 2016 lag die Gesamtbewertung bei der Schulnote 3,79 - 2020 bei 3,87. Breite der Radwege (2016: 4,6/ 2020: 5,0), Falschparkerkontrolle (4,4/4,9), Führungen an Baustellen (4,3/4,7), Oberfläche der Wege (3,5/4,0), Konflikte mit Kfz (4,3/4,6).

Das Sicherheitsgefühl beim Radfahren ging in den Fahrradkeller hinab. Anders allerdings bei der Bereitstellung von Rädern (Universität) und bei der Werbung fürs Radfahren, da konnte Gießen punkten. Wahrscheinlich mit Hochglanzbroschüren.

Mario Berger

Stadtkasse: 10 Millionen weg?

Die Stadt Gießen hat 10 Millionen Euro bei einer Privatbank (Greensill-Bank) mit dubiosen Geschäftsmodell angelegt. Die Bank kauft Forderungen von Warenfabrikanten und Zwischenhändlern auf, macht aus gebündelten Forderungen Wertpapiere und verkauft diese weiter. Bei diesem riskanten Geschäft hat sie sich wohl zu oft verkalkuliert und musste auf Druck der Bankenaufsicht Insolvenz anmelden.

Guthaben von Städten sind nicht gesichert, weswegen das Geld offenbar ganz oder teilweise verloren ist. Die Stadt hat, wie viele andere Kommunen und öffentliche Körperschaften, diese Bank ausgesucht, weil sie keine Minuszinsen nimmt, sondern noch geringe Zinsen zahlt.

Dieser Fall zeigt die Absurdität des kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems. Es gibt staatliche (Landes- und Bundesbank) und kommunale (Sparkassen) Geldinstitute. Warum werden diese nicht verpflichtet, öffentliche Gelder ohne

Zinsverlust zu verwahren? Es handelt sich ja noch nicht einmal um Bargeld, sondern lediglich um eine Zahl in einem Kassenbuch bzw. auf einer Festplatte.

Alle Städte haben neben den Guthaben, die sie für laufende Zahlungen wie Gehälter und Rechnungen andauernd brauchen, hohe Schulden, für die sie Zinsen bezahlen. In einem nicht profitorientierten System könnten Guthaben und Schulden in einem öffentlichen Institut gebündelt werden. Zinsen würden gespart und Risiken minimiert. Übrigens: Die Millionen sind nicht weg, die hat nur jemand anderes. Es gibt einen leibhaftigen Mr. Greensill, der mit seinen krummen Geschäften Multimilliardär wurde, über vier Privatjets verfügt und natürlich mit keinem Cent seines Privatvermögens haftet.

Gernot Linhart



Rentner zahlen für die Pandemie

Laut Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) werden die Rentner in den alten Bundesländern zum 01.07.2021 keine Rentenanpassung erfahren, die in den neuen Bundesländern eine Anpassung von lediglich 0,72%. Die Anpassung der

Renten erfolgt nach der Berechnung der Lohnentwicklung. Hier stellt das Statistische Bundesamt für die alten Bundesländer fest, dass die Löhne in 2020 um 2,34% gesunken sind. Nachdem die abhängig Beschäftigten in der

BRD schon zur Kasse gebeten wurden, werden nun die Rentner abkassiert. Denn die nicht erfolgte Rentenanpassung geht mit der aktuellen Inflation von 1,4% für 2021 und einer Prognose der Inflation für das Jahr 2022 von 1,6% einher. Beide Vorhersagen sind für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie erstellt worden.

Stadt für alle, aber wie?

Durch die "Stadt für ALLE"-Kundgebung am 27.02. und diverse Zeitungsartikel hat die Problematik rund um die von Gentrifizierung betroffenen alten Varli-Häuser (K1, Ludi50, ...) viel Aufmerksamkeit bekommen. Der neue Vermieter Kai Laumann reagierte daraufhin mit einer Klage an eine Bewohnerin der Ludwigstraße 50. Damit soll sie gezwungen werden, die Namen ihrer Nachbar:innen preiszugeben. Eine juristische Grundlage gibt es dafür nicht.

Dies ist ein Parade-Beispiel für die Schikane, die Mieter:innen in Mietkämpfen erfahren. Durch den gezielten Angriff gegen einzelne und mit haltlosen Klagen soll Angst gemacht und zeitliche Ressourcen gebunden werden.

Solche Methoden zeigen die Skrupellosigkeit der sich in einer Machtposition befindenden Vermieter und bestärken uns daher in unserem Vorhaben, diese Verhältnisse grundlegend zu ändern und

solche Ungerechtigkeiten zu beenden.

Von Verdrängung und Vermieter-schikane sind aber nicht nur einkommensschwache Studierende betroffen, sondern vor allem auch Menschen mit Einwanderungsgeschichte, prekär Beschäftigte oder Sozialhilfeempfänger:innen.

Deswegen soll sich nun ein breiteres Netzwerk aus Interessierten zum Thema Wohnraum, Verdrängung und Stadtentwicklung bilden, zu dem alle Menschen und Institutionen herzlich eingeladen sind. Außerdem rufen wir alle von Verdrängung betroffenen Menschen aus Gießen auf, sich bei uns zu melden, damit wir auf die einzelnen Geschichten und Fälle aufmerksam machen können. So kann sich langfristig ein breiteres Bild über die Wohnraum-Situation in Gießen abzeichnen. Denn Verdrängung ist kein Einzelfall, sondern ein struktureller Prozess!

stadt fuer alle_gießen@web.de



Die Folge ist: Rentner erfahren nicht nur keine Anpassung ihrer Renten, sie verlieren durch die Inflation rund 1,5% ihrer Kaufkraft.

Die DKP fordert jedoch, dass die Kosten der Pandemie stattdessen von deren Gewinnern bezahlt werden. Keine Rentenkürzung durch fehlende Rentenerhöhung, keine weitere Umverteilung des Gesamteinkommens von unten nach oben durch die Pandemie! Das Geld da holen, wo es ist! H.R.

Gießen 2035: klimaneutral – und wieder in Trümmern?

Die Wahlen in Hessen (wie auch in BW und RLP) haben den Grünen einen wahren Höhenflug beschert. In Gießen war die „Verkehrswende“, insbesondere auf dem Anlagenring, bestimmendes Thema. Beim Kampf um CO₂-Reduzierung und Klimawandel spielte Corona eine untergeordnete Rolle, wenn auch die Politik der Groko aus Unvermögen und Korruption zur Abstrafung von CDU und SPD führte.

Die größten Umweltfrevler und CO₂-Schleuderer, nämlich das Militär, werden jedoch völlig vernachlässigt; allein das US-Militär erzeugt mehr CO₂ als ganze Staaten wie Portugal oder Schweden.

Auch die Grünen vermeiden tunlichst dieses Thema, weil es ihren Ambitionen auf einen zweiten grünen Vizekanzler (oder gar Kanzler Habeck) abträglich sein könnte? Erinnern wir uns: J. Fischer, grüner Vizekanzler und Außenminister von 1998 bis 2005, war Hauptkriegstreiber beim Krieg der BRD gegen Jugoslawien, den er mit der Lüge, ein „Auschwitz verhindern“

zu wollen, zu rechtfertigen suchte. Dass dies ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg war, hat selbst G. Schröder inzwischen öffentlich zugegeben.

Heute geht es um andere Kriege. Russland und China sind im Visier der angeschlagenen Großmacht USA und der von der BRD bestimmten EU. Dafür wird die Kriegskasse immer voller, wird die Bundeswehr mit atomwaffentauglichen Bombern ausgestattet, werden bewaffnete Drohnen angeschafft, Manöver vor Russlands Grenzen durchgeführt und Kriegsschiffe ins chinesische Meer geschickt.

Alles mit Billigung der Grünen: Die hetzen und fordern - den USA zu Diensten - wie Baerbock mehr Sanktionen (= Handelskrieg) gegen Russland und den Bau-Stopp der Gas-Pipeline Nord Stream 2. Hierbei ist es ihnen sogar gelungen, „Fridays for Future“ zu instrumentalisieren.

Dabei wäre es dringend nötig, die wichtige Umweltbewegung mit der schwachen Friedensbewegung zu verbinden. Die größten Umwelt-

schäden entstehen im Krieg, der alle Umweltschutzbestrebungen ad absurdum führt.

Kriege gehören zum Kapitalismus, sie resultieren aus der Kapitallogik, der das Streben nach Höchstprofiten, nach Ressourcen und Ausdehnung der Einflussphären innewohnt. Wir brauchen nicht nur eine starke Umwelt-, sondern auch eine starke Friedensbewegung, eine antikapitalistische Bewegung. Damit Gießen 2035 klimaneutral und lebenswert ist.

Erika Beltz



Geschichten aus Gießen Das Hochzeitsbrückchen

Einst zogen stolze Bitterlinge unter ihr hindurch, auf dem Weg zu ihren Muschelbänken im Schwanenteich. Dann wurden beide entsorgt: die Muscheln beim Abfischen auf dem Trockenen, die Bitterlinge in andere Teiche.

Das Hochzeitsbrückchen, das jahrelang die Brautpaare aus Nah und Fern erfreute, landete auf einem Abstellplatz, demoliert von schwerem Baugerät. Erst sollte es verschrottet, danach verschenkt werden. Der Schwanenteich musste ja für die Landesgartenschau des Königs und seiner vier königlichen Hofschranzen CDU, Grüne, SPD und Gewerbe herausgeputzt werden.



„Die Hochzeitsbrücke bleibt hier, bis Grün über die Sache gewachsen ist.“ Ihr grün-gefärbter Magistrat

Schließlich erbarmte sich ein Mäzen der Landesgartenschau, um Schmach und Schaden zu verbessern. Denn die Öffentlichkeit war aufgebracht. Für 10.000 Dukaten oder mehr ließ er das Brückchen restaurieren. Jetzt aber,

wohin mit der Verbindung zwischen zwei Eilanden? Neben das königliche Standesamt? Nein, das Brückchen erreichte nicht die notwendige Länge. So wurde die Sinnlosigkeit zur Lösung des Problems. Seitdem überspannt

es eine Grünfläche in der Wiesseckau, nahe der Stelle, an der es einst stolz zwei Ufer miteinander verband.

Wie es sich gehört, weihte man es mit großem Pomp und Gloria vor dem Gefolge ein. An diesem Tag weinte der Himmel bitterlich. Oder waren es Lachtränen? Seit nunmehr fünf Jahren lacht das ganze Land über die Torheit königlicher Entscheidungen.

M. Berger

Matratze des Monats

GEMEINT SIND WIR ALLE

„Vereinigungsdelikte“ als Repressionsmittel der Herrschenden gegen revolutionäre Organisationsansätze haben im deutschsprachigen Raum eine Tradition. Doch mit dem Verbot von Organisationsansätzen geht es nur vordergründig um die Bestrafung vermeintlicher Straftaten. Die Herrschenden verfolgen vielmehr das Ziel, so die Entwicklung revolutionärer Strukturen zu unterbinden. Die §§129a/b ermöglichen dabei Urteile, die tendenziell ohne

individuell belastende Beweise auskommen.

Mit der nächsten größeren Krise des Kapitalismus vor der Tür kommt diesen „Vereinigungsdelikten“ eine strategische Bedeutung zu. Revolutionäre Antworten auf gesellschaftliche Widersprüche bieten gerade in Krisenzeiten das Potential zum Umbruch – was für die Herrschenden gefährlicher ist als vermeintliche Straftaten.

Clara Roth



Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt

Drei Wochen gratis.

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.



Proletarier aller Länder,
vereint euch -
Die Philosophen haben
die Welt nur verschieden
interpretiert; es kommt
aber darauf an, sie zu
verändern (Karl Marx)

Termine

03.04.2021 ab 11:00 Uhr:

Ostermarsch des Friedensnetzwerkes GI: Kundgebung, Katharinenplatz (Hiroshimaplatz)



05.04.2021 um 09:00 Uhr:

Ostermarsch Frankfurt, Treffpunkt Hauptbahnhof GI

08.04.2021 um 19:00 Uhr:

Gruppenabend der DKP GI Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle

01.05.2021 ab 10:30 Uhr:

Internationaler Tag der Arbeiterklasse, Brandplatz

08.05.2021:

Tag der Befreiung vom Faschismus

Jeden Montag um 18 Uhr:

Protest gegen Hartz IV bei den 3 Schwätzern

Redaktionsschluss für das
Mai-Echo: Mi., 21. April

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** streikten in Gießen die Ersatzdienstleistenden (so hießen damals die Zivildienstleistenden). Die am Uniklinikum eingesetzten Dienstleistenden wehrten sich gegen eine Novelle des Ersatzdienstgesetzes, nach der sie auch bei Post, Bahn und Feuerwehr eingesetzt werden sollten. Dort hätten sie z. B. als Streikbrecher missbraucht werden können. Der damalige Verteidigungsminister Helmut Schmidt kam mit seiner Gesetzesänderung nicht durch. Die Gießener Ersatzdienstgruppe war sehr aktiv in der antimilitaristischen Bewegung.

Vor **40 Jahren** ließ das Möbelhaus Sommerlad, damals in der Bahnhofstraße ansässig, Wohnhäuser im Flutgraben abreißen. Zwei Häuser waren schon entmietet, eines noch bewohnt. „Aus Versehen“ wurde dieses platt gemacht, die anwesenden Bewohner konnten sich gerade noch retten. Dem Abriss folgten heftige Protestaktionen, das Haus Frankfurter Straße 60 (direkt gegenüber der damaligen

DKP-Zentrale) wurde kurzfristig besetzt.

Vor **30 Jahren** berichteten wir über einen Streik im Öffentlichen Dienst. 10% mehr forderte die Gewerkschaft ÖTV, 6% kamen bei den Tarifverhandlungen heraus.

Vor **25 Jahren** meldeten wir den Niedergang der Firma Heyligenstaedt. Nach mehreren Besitzerwechseln blieben von ehemals 1.200 Beschäftigten nur noch 80 übrig. Aus einer großen Maschinenbaufabrik wurde durch kapitalistisches Missmanagement ein kleiner Spezialhersteller.

Vor **10 Jahren** widmeten wir zwei Artikel der Reaktorkatastrophe in Fukushima. Kurz nach der Explosion von drei Reaktoren mussten einige alte und bauähnliche Kraftwerke in Deutschland abschalten; deren Überprüfung wurde angeordnet. „Nicht prüfen – abschalten!“ lautete unsere Forderung. Für einen Teil der Reaktoren wurde das erfüllt, andere laufen bis 2022 weiter.

Gernot Linhart

Gießener Echo

Bitte die Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46
Druck: Gründrucken Gießen

Namentlich gezeichnete Artikel gebennichtunbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen,
E-Mail: giessen@dkp.de
Im Internet: www.giessen.dkp.de